

"Liquidität on demand"

SV-Beiträge zwei Wochen früher fällig - Factoring verschafft Zeitarbeitsunternehmen finanziellen Spielraum

AIP № 9, vom September 2005

Das Bundessozialministerium plant für 2006 die Sozialbeiträge von Unternehmen zwei Wochen früher einzuziehen. Bisher wurden Sozialbeiträge erst in der Mitte des Folgemonats fällig. Mit der Vorverlegung der Zahlungen soll die Finanzierungslücke im Rentensystem geschlossen werden.

"Der Transfer von Unternehmensgewinnen in die Sozialkassen (Michael Hüther, Direktor des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft zum "Tagesspiegel") hat einen teureren Preis, denn die Maßnahme nimmt vor allem mittelständischen Betrieben verbliebene Spielräume für Investitionen."

Experten haben ermittelt, dass das Vorziehen der Sozialbeiträge für die Unternehmen einer einmaligen Sonderabgabe von 20 Milliarden Euro entspricht. Dazu summieren sich Zinsverluste in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich. Die Experten befürchten außerdem Finanzengpässe bei den Unternehmen, wenn sie im kommenden Jahr 13 statt 12 Sozialbeiträge überweisen müssen.

Insolvenzanträge werden heute bereits häufig von Sozialversicherungen gestellt - die angekündigte Vorverlegung des Fälligkeitstermins wird die prekäre Lage nochmals verschlechtern. Betroffen sind vor allem lohnintensive, mittelständische Betriebe und die stark fragmentierte Branche der Personaldienstleister. Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit zufolge waren 2004 in Deutschland über 4.500 Zeitarbeitsunternehmen registriert. Davon verfügt keines über deutlich mehr als fünf Prozent Marktanteil. Durch die Vorverlegung der Sozialbeiträge wird sich die geringe Eigenkapitalquote der vielen kleineren, regional oder sektoral tätigen Zeitarbeitsunternehmen dramatisch verschlechtern. Denn sie halten in der Regel nur 25.000 Euro als Sicherheit vor - Wirtschaftsexperten gehen jedoch davon aus, dass den Unternehmen durch die Vorverlegung im Durchschnitt dauerhaft 5.000 Euro entzogen wird.

Für Personaldienstleister wird der geplante Transfer bereits zu einer Existenz-Bedrohung. Denn angesichts der schlechten Zahlungsmoral tendieren die Liquiditätsreserven bereits gegen Null. Nach Erhebungen der Wirtschaftsauskunftei Creditreform bezahlen nicht einmal 63 Prozent der Kunden kleiner und mittelständischer Unternehmen ihre Rechnungen fristgerecht innerhalb von 30 Tagen.

Zeitarbeitsunternehmen sind das letzte und somit auch das schwächste Glied in der Zahlungskette: Denn die finanzieren die Löhne vor, während der Klient noch auf die Rechnungsbegleichung des Auftragsgebers wartet und somit in Zahlungsverzug gerät. Durch die Abhängigkeit von den Zahlungszielen anderer geraten sie ständig in finanzielle Bedrängnis.

Factoring - der Verkauf von Forderungen an einen Dritten - kann die Zeitarbeitsunternehmen aus dieser Abhängigkeit weitgehend befreien. Beim Factoring übernimmt der Factor die Forderungen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen. Das Unternehmen erhält 80 Prozent des Außenstandes sofort, die restlichen 20 Prozent verbleiben bis zur Zahlung des Kunden beim Factor als Sicherheitseinbehalt. Die Freisetzung gebundener Liquidität ist für Zeitarbeitsunternehmen der kürzeste Weg, den Cash Flow zu verbessern. Doch wird diese Finanzdienstleistung für Personaldienstleister nur von wenigen Factoringunternehmen angeboten. Denn neben den üblichen Haftungsrisiken des Factors spielt im Bereich Zeitarbeit die "Subsidiärhaftung" eine entscheidende Rolle. "Subsidiärhaftung" bedeutet, dass der Kunde für die nicht abgeführten Sozialabgaben und Lohnsteuern des Zeitarbeitsunternehmens von den Krankenkassen und dem Finanzamt direkt in Anspruch genommen werden kann. Sollte der Kunde zur Haftung herangezogen werden, wird er keine oder nur noch die um die Haftung verminderten Zahlungen an den Factor leisten.

Die Substanz der vom Factor angekauften Forderungen ist damit gefährdet. Mit Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben wird in der Branche die Bereitschaft, Forderungen aus dem Zeitarbeitssektor anzukaufen, weiter sinken. Dabei schafft Factoring kontinuierliche Liquidität für den fristgerechten Ausgleich kurzfristiger Verbindlichkeiten wie Löhne, Gehälter, Sozialabgaben und Steuern. Als eines von ganz wenigen Instituten bietet EKF Finanz Frankfurt GmbH daher Factoring für Zeitarbeitsfirmen an. "Anders als bei Großkonzernen und deren "atmenden Fabriken" können mittlere und kleine Unternehmen auf direkte Kundennachfrage oder Nachfrageschwankungen kaum elastisch reagieren. Auftragsspitzen oder die Erschließung neuer Umsatzpotenziale bedeuten für sie zwar höhere Umsätze - können aber nur durch den Einsatz von Zeitarbeit bewältigt werden. Seit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, das den zeitlich unbefristeten Einsatz erlaubt, ist Zeitarbeit für den Mittelstand ein strategisches Personalplanungsinstrument ersten Ranges. Die gewerbliche Zeitarbeit ist daher eine der am stärksten expandierenden Beschäftigungsformen in Deutschland und bildet das personalstrategische Rückgrat des deutschen Mittelstandes", begründet Thomas Frericks, Geschäftsführer von EKF Finanz Frankfurt, das Engagement. Das Unternehmen übernimmt in der Regel das Risiko der Klientenbonität.

In einem fragmentierten Markt erschließt Factoring kleineren und regionalen Personaldienstleistern neuen finanziellen Handlungsspielraum - auch gegenüber den Banken, die im eigenen Interesse die Risiken zwischen verschiedenen Finanzpartnern fair verteilt sehen wollen. Ein optimiertes Liquiditätsmanagement zudem führt meistens zu einer klaren Ratingverbesserung im Zusammenhang mit "Basel II" und zu besseren Zinskonditionen.

Ein weiterer positiver Aspekt ist die Tatsache, dass der Factor die Debitorenbuchhaltung und das Mahnwesen für den Kunden mit übernimmt. Die Abläufe vereinfachen sich und die Zeit für administrative Tätigkeiten reduziert sich. Ohne Erschließung alternativer Finanzierungsquellen setzen angesichts der angespannten Marktlage vor allem kleine und mittlere Zeitarbeitsunternehmen ihre Existenz auf's Spiel. 89 Prozent aller Unternehmenskrisen sind laut einer Studie der Unternehmensberatung Wieselhuber & Partner auf ein fehlendes Liquiditätsmanagement zurückzuführen. Die Vorverlegung der Sozialbeiträge wirkt bei Unternehmen ohne Liquiditätsmanagement als Insolvenzbeschleuniger.